

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 10/21 — **Telephon 4598**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Akademie für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein Amnestiegesetz vom Reichstag angenommen.

Schrankenloser Ausnahmezustand in Sicht!

Knebelung der Arbeiterschaft durch das Entwaffnungsgesetz.

Unsre gestrigen Mitteilungen über die Diktatur des Entwaffnungskommissars zeigen die große Gefahr, die das Entwaffnungsgesetz über das deutsche Proletariat bringt. Das Abkommen von Spa soll den Vorwand bilden zur Aufrichtung eines schrankenlosen Ausnahmezustandes über das ganze Reich von hinten her, mit Hilfe dessen das Proletariat geknebelt werden kann.

Damit den Bedrohten diese Gefahr nicht rechtzeitig zum Bewußtsein komme, so daß sie sich zum Widerstand rüsten könnten, wird die Verabschiedung des Gesetzes im Schnelltempo betrieben. Noch bevor die Arbeiterschaft auf dem Plan erscheinen kann, will die Regierung ihr neue Ketten anlegen. Am Sonnabend fand die erste Lesung statt, ohne daß die Öffentlichkeit überhaupt wußte, welchen Inhalts das Gesetz war, da der Entwurf erst in letzter Stunde dem Parlament zugegangen war. Noch während des Sonntags mußte die Ausschuhberatung stattfinden, und am Montag sollte das Gesetz gleich in zweiter und dritter Lesung fertig gestellt werden. Das ist freilich noch verhindert worden. Aber heute findet die zweite Lesung statt und am Mittwoch soll die abschließende dritte Lesung folgen. Schneller geht es schon nicht!

In der Ausschuhberatung am Sonntag zeigte sich die ganze Gefährlichkeit der Vorlage für die Arbeiterschaft. Eine neue Diktatur soll aufgerichtet werden. Minister Koch gab zu, daß „ein Stückchen Ausnahmezustand“ geschaffen werden sollte. Der Reichskommissar für die Entwaffnung steht über dem Gesetz und kann machen was er will. Die wichtigsten Rechtsgarantien der Reichsverfassung sind einfach aufgehoben.

Vergeblich bemüht sich unsre Genossen Rosenfeld, Unterleitner und Kemmle, dem Gesetzentwurf wenigstens die schärfsten Zähne auszubrechen. Nur die Rechtssozialisten traten für unsre Antzäge ein. Allerdings, die in der Strafprozedur vorgesehenen Bestimmungen für Durchsuchungen und Beschlagnahmen wollten auch sie aufgehoben wissen. — So stehen wir vor einer neuen Diktatur. Die bürgerlichen Parteien scheinen entschlossen zu sein, die Arbeiterschaft zu knebeln. Es wird Aufgabe unsrer Fraktion sein, das Attentat auf die Arbeiterschaft noch in letzter Stunde abzuwehren. Das Gesetz darf nicht zustande kommen!

Die Arbeiterschaft muß ihr dabei zu Hilfe kommen. Sie soll überumpelt werden — sie muß sich wehren!

Protest-Demonstration der Berliner Arbeiterschaft.

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, findet eine große Protestdemonstration der Arbeiterschaft gegen das Entwaffnungsgesetz im Lustgarten statt.

Die Arbeiterschaft des Reiches wird sich in gleicher Weise rühren müssen.

Waffenstillstand oder Kriegsforgang?

Warschau, 3. August. (T. U.) In Warschauer Parlamentskreisen verläutet, daß, wenn bis zum 4. August nachmittags die Waffenstillstandsbedingungen nicht unterzeichnet sind, die polnischen Delegierten zurückkehren werden. Der Kampf wird dann „mit allen Mitteln“ fortgesetzt.

Die Presseabteilung des Ministeriums des Auswärtigen teilt mit: Die polnische Regierung hatte die Sowjetregierung um die Zulassung von zwei Zeitungskorrespondenten bei den Friedensverhandlungen ersucht. Die Sowjetregierung hat das Ersuchen ablehnend beantwortet.

Der Außenminister über die Ostfragen

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ein Berichterstatter des Berliner Tageblattes hatte gestern eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Simons. In dieser erklärte Simons u. a. zu der russischen Frage: „Rußland unterhält beinahe ausschließlich eine konsulnäre Vertretung in Berlin. Desgleichen sind unsere in Rußland weilenden Vertreter nicht mit offiziellen Missionen betraut. Herr Wigdor Kopp in Berlin, mit dem ich kürzlich mich unterhalten habe, bekümmert sich ganz besonders um die Fürsorge für die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland. Es er mit mir auch Verhandlungen handelspolitischer Natur einleiten wollte, mußte ich ihm die Legitimität bestreiten. Worauf

der Volkskommissar Tschitscherin Herrn Kopp durch Funkpruch zu wirtschaftlichen Verhandlungen mit der deutschen Regierung ermächtigte. Die Besprechungen über die von Rußland wegen Mordbuchs Ermordung zu leistende Genugtuung sind im Gange. Ueber das voraussichtliche Ergebnis vermag ich noch nichts zu sagen.“ Der Minister erklärte dann weiter, daß er an dem Grundsatz der Neutralität im russisch-polnischen Krieg mit aller Energie festhalten werde, und daß er mit aller Entschiedenheit sich gegen jeden Versuch der Entente wehren werde, Deutschland als Aufmarschgebiet gegen die russische Front verwenden zu lassen. Er fährt dann fort: „Die ersten Protestkundgebungen der deutschen Arbeiterschaft anlässlich der Entdeckung alliierter Munitionstransporte auf deutschem Gebiet haben zur Genüge bewiesen, daß eine Verletzung der deutschen Neutralität den Bürgerkrieg unmittelbar zur Folge haben würde. Ich habe veranlaßt, daß der russische und polnische Heeresleitung vorgeschlagen wird, am äußersten nördlichen Flügel ihrer Fronten, also an den Stellen, wo die deutsche Grenze am ehesten bedroht ist, deutsche Verbindungsoffiziere zu stationieren, um etwaige Grenzzwischenfälle umgehend durch Vermittlung des Wehrkreiskommandos in Königsberg regeln zu können und den Umweg über Warschau oder Moskau und Berlin zu vermeiden.“ Nachdem der Minister dann über die Mittel zur Seuchenbekämpfung in Rußland und Polen sich geäußert hatte, fuhr er fort: „Meine Aeußerungen im Reichstag über die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Rußlands sind in der Presse vielfach mißverstanden worden. Die Berichte, die mir vorliegen, stammen von einer unbedingt vertrauenswürdigen, in technischen Fragen sachkundigen und dank ihrer unmittelbaren Beteiligung an den in Frage stehenden Rekonstruktionsarbeiten vorzugsweise kerulenen Persönlichkeit. Man war bisher gewöhnt, die gegenwärtigen Mächthaber in Rußland leichtsin als verbrecherische Menschen zu stigmatisieren und danach die internationalen Beziehungen zu dem russischen Volke, das durch sie vertreten wird, zu regeln. Dieser Zustand war auf die Dauer unhaltbar. Es kann kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß man in Rußland positive aufbauende Arbeit zu leisten gewillt ist und auf manchen Gebieten schon praktische Erfolge erzielt hat. Zweifellos machen sich an den maßgebenden Stellen in Moskau gegenwärtig ernst zu nehmende Bestrebungen geltend, die die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Westeuropa erstreben. Im Augenblick scheint die Partei derer die Oberhand zu haben, die vor allem mit England eine Einigung erstreben. Auf die Dauer wird man aber trotz Artikel 117 des Versailler Vertrags die Frage des Ostens nicht ohne Zuziehung Deutschlands regeln können. Wer diese Notwendigkeit erkennt, wird den tieferen Sinn der Ausführungen im Reichstag verstehen.“

Der Minister Simons hat außerdem in der Deutschen Allgemeinen Zeitung gestern abend einen Artikel veröffentlicht, der eine Antwort auf einen in der Wostischen Zeitung erschienenen Artikel von Wladimir Burzew darstellt. Die gesamte Berliner Presse gibt das wesentliche dieses Artikels wieder, in dem es heißt: „Ich hoffe von Herzen, daß kein Aufruhr (Burzew's). D. Red. d. L. V.) zum Kampfe gegen Sowjet-Rußland im deutschen Volke kein Echo findet. Sollte sich wirklich die deutsche Jugend, die für die Größe des alten Reiches so fürchtbare Opfer gebracht hat, sich dazu verhalten lassen, die letzten Kräfte des neuen Deutschland in den Kampf gegen den Bolschewismus zu werfen, so würde sie zu spät erkennen, daß sie nicht für die Ideen der abendländischen Kultur, sondern für die Milliardenforderungen der Gläubiger Rußlands gebietet hat.“ In der Wostischen Zeitung bemüht sich Alexander Redlich, den Aeußerungen des Ministers entgegenzutreten, indem er verucht, die antibolschewistische Tendenz der Wostischen Zeitung in prorussische umzudeuten. Dieses Manöver wird der Wostischen Zeitung nicht gelingen, sie hat ihren Charakter als antibolschewistisches Blatt in letzter Zeit zu deutlich offenbart.

Weiteres Wachsen der Arbeitslosigkeit.

Berlin, 2. August. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Zahl der unterkühlten Erwerbslosen im Reich weiterhin gewachsen. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. Juli 262989, die der weiblichen 94154, insgesamt 357143 gegen 321126 am 1. Juli und 297185 am 15. Juni. In den eigentlichen Erwerbslosen kommen 328997 Familienangehörige, die als Zuschlagempfangener unterkühlt werden. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande vom 15. März 1920.

Die Amnestie.

Berlin, 2. August.

Neben dem Militarismus ist die sogenannte Justizpflege die schlimmste Geißel für die arbeitende Bevölkerung, namentlich soweit sie von der besitzenden Klasse als Machtmittel zu politischer Unterdrückung benutzt wird. Wir haben in Deutschland den unglaublichen Zustand, daß die Revolution gerade an diesem Bollwerk spurlos vorübergegangen ist. Das zum Schutze der bürgerlichen Staatsordnung geschaffene Strafrecht ist nicht in einem einzigen Paragraphen angetastet worden, ebenso wirken die darauf geeichten Richter und Staatsanwälte ganz im alten Sinne weiter. Seit dem Kapp'schen Staatsstreich fühlen sich die Gerichte erst recht sicher und ihre Urteile zeigen, wie sie die Revolutionsbestrebungen mit Hilfe von Gefängnis und Zuchthaus völlig zu unterdrücken unternehmen. Wie Staatsanwälte und Richter seither gegen die Arbeiter wüten, zeigt die Tatsache, daß der ganze Gerechtigkeitsbetrieb in Deutschland gegenwärtig stockt, weil die Gefängnisse so überfüllt sind, daß der weitere Strafvollzug unmöglich geworden ist. Leidtragende sind ausschließlich Arbeiter, denn von den am Kapp'schen Staatsstreich beteiligt Gewesenen ist bis jetzt keinem ein Haar gekrümmt worden.

Um nun aus diesem unerträglichen Zustand herauszukommen, soll durch eine Amnestie ein Strich unter den Staatsstreich gemacht werden. Der Streit zwischen der Regierung und den Parteien dreht sich nun darum, ob eine allgemeine Amnestie für alle politischen Vergehen und Verbrechen, auch für die, die vor dem März dieses Jahres liegen, oder ob eine beschränkte Amnestie, die nur bis zum März dieses Jahres zurückgreift und die Urheber und Rädelsführer ausschließt, erlassen werden sollte. Die Koalitionsparteien, mit Einschluß der Rechtssozialisten, hatten im Einverständnis mit der Regierung einen Antrag eingebracht, worin von der Reichsregierung verlangt wird, sie solle ein allgemeines Amnestiegesetz vorlegen, wie es im Bielefelder Abkommen gefordert wird. Unsre Fraktion hatte einen Entwurf vorgelegt, worin die allgemeine Amnestie für alle politischen Straftaten enthalten war. Damit war ausgedrückt, daß die Hochverräter Kapp und Kopp sowie ebenfalls frei ausgehen. Von den Abgeordneten Becker, Schiffer und Leicht ist dann noch schleunigst, ebenfalls mit Zustimmung der Regierung, ein Entwurf eingebracht worden, der für hochverräterische Unternehmen Straffreiheit zusichert, ausgenommen für Führer und Urheber. Der Reichsjustizminister Dr. Heinze erklärte für die Regierung, daß sie diesem Entwurfe zustimmen werde. Unter Führern sollen nicht die lokalen Führer, die beim Abwehr des Kapp'schen Staatsstreiches gewirkt haben, verstanden werden, sondern nur die Hauptführer beim Staatsstreich gegen das Reich.

Dieser Entwurf ist dann in der heutigen Sitzung gleich in allen drei Lesungen angenommen worden. Damit ist ein Gesetz geschaffen, das dem Ermessen der Regierung und den Justizbehörden sehr weiten Spielraum gewährt. Sie bestimmen nun, auf welche Personen, und zum Teil auch Straftaten, die Amnestie angewendet werden soll.

Für die Haltung der Koalitionsparteien war vor allem der Einspruch Bayerns gegen die „Antastung seiner Justizhoheit“ maßgebend. Auch der Reichsjustizminister war der Ansicht, daß dieser Einspruch berechtigt sei — er, der in erster Linie verpflichtet gewesen wäre, die Reichseinheit zu wahren. Außerdem gingen die bürgerlichen Parteien überhaupt mit sehr gemischten Gefühlen an den heißen Brei der Amnestie heran. Sie fürchteten sehr die „Erschütterung des Rechtsgedankens“. Das heißt sie fürchteten, daß die Abschredungsjustiz an Eindruck einbüßen wird, wenn Strafen in größerem Umfang erlassen werden. Sie hoffen ja nur noch darauf, daß sie das Proletariat durch eine grimmige Straffjustiz in Untertänigkeit halten können, andre Mittel haben sie nicht mehr. Deshalb verrieten sowohl der Justizminister als auch die Redner der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokratischen Partei, daß am liebsten gar keine Amnestie erlassen würden. Das „Rechtbewußtsein“ sei sowieso schon völlig erschüttert und die Furcht vor der Strafe werde ganz schwinden, wenn die Amnestie in einem solchen Umfange eintrete, wie die Linke fordere. Jeder sage sich, er könne Hochverrat begehen, so wie und so oft er wolle, denn selbst wenn Beurteilung erfolge, so folge doch die Amnestie nach. Wenn nicht die „Rechtspflege“ völlig zugrunde gehen sollte, so dürfe die Amnestie nur in den äußersten Fällen angewendet werden.

Der Amnestie wäre überhaupt nicht zugestimmt worden, wenn es nicht die offenen und verkappten Staatsstreichler